

3 VORWORT

- WHWAS HAT DEMOKRATIE MIT GEWERKSCHAFTEN ZU TUN?
- DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF
- DEMOKRATIE FÜR EINEN NEUEN SOZIALVERTRAG
- TDREI KAMPFARENEN:
 ARBEITSPLATZ, NATIONALE UND
 INTERNATIONALE EBENE
- JMACHT MIT BEI DER GEWERKSCHAFTSKAMPAGNE FÜR DEMOKRATIE

VORWORT

In einer Zeit, in der das Überleben der Demokratie bedroht ist, ist die Rolle der Gewerkschaften beim Schutz und der Förderung von demokratischen Werten wichtiger denn je. Dieses Kurzdossier soll daher Gewerkschaftsmitglieder und Unterstützer*innen der Demokratie weltweit zum Handeln auffordern.

Die Frage nach der Bedeutung von Demokratie für die Gewerkschaften ist nicht nur eine rhetorische Floskel. Sie bildet vielmehr die Grundlage und den Auftrag unserer Bewegung. Zu lange leiden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der ganzen Welt schon unter den Folgen einer Politik, die ihre Rechte aushöhlt, ihre Lebensqualität verschlechtert und

unsere Gesellschaftsstruktur bedroht. Von den verheerenden Auswirkungen neoliberaler Politik bis hin zur existenziellen Bedrohung durch Klimawandel und technologische Umbrüche - die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, sind vielfältig und eng miteinander verknüpft.

Doch inmitten dieser Herausforderungen sind die Gewerkschaften Hoffnungsträger und Impulsgeber zugleich. Unsere Geschichte ist voller Beispiele für Widerstand und Solidarität, für Kämpfe um Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie, die wir gewonnen haben. Auf dieses Erbe können wir uns berufen, wenn wir die drängenden Probleme unserer Zeit angehen.

Dieses Kurzdossier beschreibt nicht nur, wie die Demokratie bedroht ist, sondern auch, wie wir uns wehren und Veränderungen herbeiführen können. Im Mittelpunkt steht unsere Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag - eine Vorstellung von einer Welt, in der die Wirtschaft den Menschen dient, Rechte geschützt werden und der Planet für zukünftige Generationen erhalten bleibt. Diese Vision beruht auf den Werten der Solidarität, der Gerechtigkeit und vor allem des demokratischen Engagements.

Als Gewerkschaften sind wir in einer einzigartigen Position, wenn es darum geht, im Kampf für Demokratie die Führung zu übernehmen. Unsere Strukturen fördern kollektives Denken und Handeln und befähigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich für ihre Rechte und Interessen einzusetzen. Wir zeigen, wie mächtig kollektives Handeln ist und wie wichtig es ist, sich angesichts von Widrigkeiten zusammenzuschließen.

Wir müssen an allen Fronten für die Demokratie kämpfen - an unseren Arbeitsplätzen, in unseren Ländern und auf globaler Ebene. Gemeinsam können wir eine Welt aufbauen, die unsere Werte und Bestrebungen widerspiegelt.

Lasst uns gemeinsam für Demokratie und einen Neuen Gesellschaftsvertrag eintreten, für eine Zukunft, in der die Würde der Arbeit und die Rechte der Erwerbstätigen im Mittelpunkt stehen. Nur gemeinsam können wir eine gerechte, ausgewogene und demokratische Welt für alle sichern.

Mit solidarischen Grüßen!

Jordania Ureña Lora Stellvertretende Generalsekretärin

Luc Triangle Generalsekretär Eric Mwezi Manzi Stellvertretender Generalsekretär



WAS HAT DEM®KRATIE MIT GEWERKSCHAFTEN ZU TUN?

Diese Frage erfordert eine überlegte Antwort von uns, den 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vertritt. Sie erfordert, dass wir weiter gehen, als die 'Demokratie' lediglich wertzuschätzen oder den Begriff 'demokratisch' zu verwenden, um uns selbst zu beschreiben. Es ist eine Frage, die sich Millionen arbeitende Menschen, deren Familien ohne Essen oder Obdach dastehen, die schmutzige Luft atmen und verunreinigtes Wasser trinken, die keinerlei Garantie für Sicherheit an ihren Arbeitsplätzen haben, jetzt gerade stellen.



"WAS BRINGT UNS DIE DEMOKRATIE?"

In Ländern, die seit langem als Vorbild für Wohlstand und Demokratie gepriesen wurden, haben sich die Lebensqualität und die Arbeitsbedingungen erwerbstätiger Menschen im Zuge von Desinvestition, Deregulierung und gesellschaftlicher Desorganisation infolge des Neoliberalismus verschlechtert. In Ländern, die dabei sind, den Kolonialismus, eine Besatzung oder Diktatur zu überwinden, erleben wir, wie von außen aufgezwungene oder von korrupten internen Akteuren ergriffene Sparmaßnahmen Zukunftsperspektiven zerstören.

Während sich die Krisen in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Klimawandel und technologischer Wandel beschleunigen und geopolitische Auseinandersetzungen in Gewalt ausarten, sehnen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einer Erklärung der Welt, die ihre persönlichen Erfahrungen widerspiegelt. Vor allem suchen sie weiterhin nach einem Weg, um die Kontrolle über ihr eigenes Leben zu erlangen.

In der Vergangenheit haben solche Momente zum Umsturz alter repressiver Ordnungen und zur Einführung neuer, würdigerer Regierungs- und Gesellschaftsformen geführt. Die Gewerkschaften standen vielfach im Mittelpunkt dieser Bemühungen. Wir haben organisiert, die Gefahren und Möglichkeiten abgeschätzt und gemeinsam für eine neue Welt gekämpft. Wir haben mehr von den Arbeitgebern und vom Staat gefordert, mehr Lohn und Schutz, mehr Zeit für uns, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Gekämpft haben wir auch für mehr Diskussionen, Inklusion und Teilhabe, für einen allumfassenden und kollektiven Ansatz zur Gestaltung unseres privaten und beruflichen Lebens. Mit anderen Worten: Wir haben für **Demokratie** gekämpft. Angetrieben hat uns dabei die Verpflichtung zu dem Gedanken, dass wir gemeinsam Antworten finden und die Kontrolle über unsere gemeinsame Zukunft erlangen würden.

Demokratie: Der Prozess der kollektiven Festlegung und Einhaltung von Werten, Rechten und Grundsätzen, die auf das Gemeinwohl der Menschen und des Planeten abzielen, ist heute ein ebenso radikaler Vorschlag wie zu seiner Entstehungszeit.
Gegenwärtig ist es ein unvollendetes
Projekt, das beispiellosen Bedrohungen
ausgesetzt ist. Vor allem ist es ein Projekt der
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die
Demokratie, die es heute in der Welt gibt,
existiert, weil wir für sie gekämpft und sie
durchgesetzt haben.

Gewerkschaften sind eine Schmiede der Demokratie. Millionen Menschen sagen in ihrer Gewerkschaft zum ersten Mal ihre Meinung. Sie lernen, sich gegenseitig zu beschützen. Sie erleben die Intensität gemeinsamer Diskussionen und die Schlagkraft kollektiver Aktionen. Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern haben gekämpft und ihr Leben gelassen, wurden verurteilt und hingerichtet, um demokratische Rechte zu fördern. Hunderte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sitzen heute im Gefängnis, stehen unter Hausarrest oder vor Gericht, weil sie weiter dafür eintreten.

In seiner Gründungssatzung hat sich der IGB – die größte Gewerkschaftsorganisation der Welt – verpflichtet "zum Einsatz für den Schutz der Demokratie überall, damit die für die uneingeschränkte Wahrnehmung aller universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte erforderlichen Bedingungen für alle Menschen gegeben sind".

Es ist an der Zeit, entschiedene Maßnahmen für Demokratie zu ergreifen. Die Welt wird neu geordnet, und die internationale Gewerkschaftsbewegung muss sicherstellen, dass es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die den Grundstein für die Durchsetzung der Demokratie legen.

DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

Die Demokratie ist weltweit unter Beschuss geraten. Wir erleben eine wachsende Zahl autoritärer und totalitärer Regime, die weder die Grenzen ihrer Macht respektieren noch die Freiheit und Rechte arbeitender Menschen, von Minderheiten, der Zivilgesellschaft oder der Gewerkschaften schützen. Wir erleben eine zunehmende Vereinnahmung durch Unternehmen, die den Abbau etablierter Gewerkschaftsrechte und bürgerlicher Freiheiten sowie die Verschärfung wirtschaftlicher Ungleichheiten zur Folge hat. In Myanmar und im Iran kommt es zu blutiger Unterdrückung, und in Hongkong und Belarus werden Gewerkschaften zerschlagen. Andernorts erleben wir die zunehmende Destabilisierung politischer Prozesse in einst etablierten Demokratien, in denen Oligarchen nun immer mehr Macht ausüben und Extremisten traditionelle Medien und moderne Medienplattformen nutzen, um rechtsextreme politische Narrative und Desinformationen zu verbreiten.



Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Demokratie und in Institutionen schwindet beträchtlich, vor allem unter jungen Menschen. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2023 würden 82 Prozent der Befragten lieber in einer Demokratie leben, aber unter den 18- bis 35-Jährigen sind es nur 57 Prozent, während 42 Prozent sagen, dass sie eine Militärherrschaft befürworten.¹ Es ist kein Zufall, dass dies mit weltweiten Angriffen zur Abschreckung von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft einhergeht. In Ländern mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und einer hohen Tarifbindung sind Wohlstand und Macht gleichmäßiger verteilt.

In einem Bericht des V-Dem Institute aus dem Jahr 2023 wird Norwegen, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad 49 Prozent beträgt und die Tarifbindung 72,5 Prozent, als deliberativste und egalitärste Demokratie der Welt herausgestellt.² Forschungen haben jedoch auch ergeben, dass "der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der gesamten entwickelten Welt zurückgegangen ist und in den meisten Ländern auch die Lohnvorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft geringer geworden sind".3 Mehr als 60 Prozent der erwachsenen Arbeitskräfte weltweit arbeiten im Rahmen informeller Beschäftigungsverhältnisse, ohne Zugang zu Sozialschutz und ohne das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft.4

Diese beunruhigenden Trends sind eng mit den zunehmenden Angriffen auf Arbeitnehmerrechte verknüpft, die im Globalen Rechtsindex des IGB während der vergangenen zehn Jahre eindeutig dokumentiert wurden. Im Jahr 2023 haben 87 Prozent der Länder das Streikrecht verletzt und 79 Prozent das Recht auf Tarifverhandlungen.⁵ Diese Angriffe und die gleichzeitige Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichheit und Unsicherheit sind die Hauptursachen für die allgemeine Unzufriedenheit, die rechtsextremen Gruppen einen Nährboden bietet, um von Intoleranz und Hass geprägte Narrative zu verbreiten.

Anstatt stärkere Volkswirtschaften zu schaffen, um einen inklusiveren Sozialstaat zu unterstützen, hat die Sparpolitik des Kapitalismus Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert sowie Nationalismus, Populismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Klimaleugnung und neue Formen des Faschismus wiederaufleben lassen. Eine Untersuchung von mehr als 200 Wahlen in europäischen Ländern hat ergeben, dass die Sparmaßnahmen "zu einem beträchtlichen Anstieg des Stimmenanteils extremer Parteien, einer geringeren Wahlbeteiligung und einer Zunahme der politischen Fragmentierung geführt haben".6 Wenn demokratische Regierungsformen und das Vertrauen der Wählerschaft durch unpopuläre Maßnahmen, die arbeitenden Menschen kein besseres Leben und ihren Kindern keine Hoffnung bieten, missbraucht werden, suchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unweigerlich nach Alternativen, die versprechen, ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. Populisten machen sich dies zunutze, um Wahlen zu gewinnen, und nach ihrer Wahl demontieren sie die zentralen Elemente der Demokratie.

Von Wahlsiegen der Rechten in Argentinien und den Niederlanden bis hin zum Wiedererstarken der Nationalisten in Großbritannien und Indien, von Staatsstreichen in Südamerika bis Afrika und bösartigen Angriffen auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Nigeria bis zu den Philippinen: Kein Kontinent bleibt von dieser Zunahme antidemokratischer Kräfte verschont.

Regionale und geopolitische Blöcke treten an die Stelle des Multilateralismus, wobei die politischen und wirtschaftlichen Spannungen zunehmen. In allen Regionen kommt es zu bewaffneten Konflikten und in einigen Fällen

^{🖱 2} V-Dem Institute (2023). Democracy Report 2023: Defiance in the Face of Autocratization.

[🖱] 3 Schnabel, Claus (2020). Union Membership and Collective Bargaining: Trends and Determinants. IZA DP No. 13465.

¹ Internationale Arbeitsorganisation (2018). Women and men in the informal economy: A statistical picture.

⁵ Internationaler Gewerkschaftsbund (2023). *Globaler Rechtsindex*.

b 6 Gabriel, Ricardo Duque and Klein, Mathias and Pessoa, Ana Sofia (2022). The Political Costs of Austerity.

sogar zu Kriegen, und die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen nimmt zu. Mehr als 70 Länder stehen kurz davor, unter der Last einer Schuldenkrise zusammenzubrechen, die seit Jahren vorhergesehen und dennoch vernachlässigt wurde. Der Klimanotstand beschleunigt sich, kostet Menschenleben und Existenzgrundlagen, während sich mächtige Unternehmen und ihre politischen Verbündeten einem gerechten Übergang widersetzen. Die exponentielle und rücksichtslos unregulierte Ausbreitung der Technologie, insbesondere der digitalen, birgt enorme soziale, wirtschaftliche und politische Risiken.

Die einzige Möglichkeit, diesen Trends nachhaltig zu begegnen, ist eine wirklich demokratische Bewegung, die über Grenzen und Sektoren, Altersgruppen und Geschlechter, Ethnien und Religionen hinweg verbindet und über die Macht, die Präsenz und die Gewissenhaftigkeit verfügt, Institutionen in jedem Dorf, in jedem Land und in jeder globalen Institution zu verändern. Diese

Bewegung sind wir. Es ist an der Zeit, dass wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unsere Rolle als führende Vertreter und Verteidiger der und Kämpfer für die Demokratie wahrnehmen und dabei unterstützt werden.

Zum Glück müssen wir nicht allein kämpfen. Die Weltweite Umfrage des IGB 2022 hat ergeben, dass 69 Prozent der Menschen glauben, dass das Wirtschaftssystem die Reichen begünstigt, und 67 Prozent sagen, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Lösung dieser Probleme spielen sollten.8 Die Umfrage hat zudem die Forderung nach staatlichen Maßnahmen in Bereichen deutlich gemacht, die sich eng an die Forderungen der Gewerkschaften anlehnen. In Ländern, in denen Gewerkschaften seit Jahrzehnten unerbittlich angegriffen werden, wie z.B. in den USA, haben die öffentliche Unterstützung für Gewerkschaften und Streiks den höchsten Stand seit 60 Jahren erreicht.9

q

⁷ Fischer, A.M. and Storm, S. (2023). The Return of Debt Crisis in Developing Countries: Shifting or Maintaining Dominant Development Paradigms? Dev Change, 54: 954-993.

⁹ 8 Internationaler Gewerkschaftsbund (2022). *Weltweite Umfrage*.

Gallup (2022). U.S. Approval of Labor Unions at Highest Point Since 1965.

DEMOKRATIE FÜR EINEN NEUEN S@ZIALVERTRAG

Als die meisten demokratischen Gewerkschaften der Welt im November 2022 zum IGB-Weltkongress zusammenkamen, haben wir beschlossen, dass "ein neuer Sozialvertrag jetzt dringender gebraucht wird denn je, um die Wirtschaft in den Dienst der Menschheit zu stellen und sowohl die Menschen als auch den Planeten vor der drohenden Zerstörung zu bewahren."



Der neue Sozialvertrag ermöglicht den Übergang vom heutigen zerbrochenen Sozialvertrag, der auf ungerechten politischen und wirtschaftlichen Systemen beruht, zu einem Vertrag, der auf Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Demokratie basiert. In der umfassenden und detaillierten Erklärung, die wir angenommen haben, fordern wir einen neuen Sozialvertrag, der sich auf sechs Forderungen stützt: Arbeitsplätze,
Rechte, Löhne, Sozialschutz, Gleichstellung
und Inklusion. Unsere Forderungen
betreffen auch drei "sich beschleunigende
und konvergierende globale Trends", die
Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die
Gesellschaft haben: Klimawandel, öffentliche
Gesundheit und technologischer Wandel.

Wenn wir die Welt nur zwei Jahre später betrachten, stehen wir vor einem Szenario, das dem der Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern vor uns ähnelt. Der Fortschritt, den wir anstreben, den wir brauchen, um unsere Spezies und unseren Planeten zu retten, kann nur erzielt werden, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Macht ausüben. Die Geschichte zeigt uns, dass der effektivste und nachhaltigste Weg der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Macht über die

Demokratie führt.

Wir haben das Schicksal arbeitender Menschen unter der Herrschaft von Juntas, Oligarchen und Autokraten erlebt: Verschwinden, Tod und soziale Zerstörung. Wir wollen Demokratie.
Keine oberflächliche Demokratie, in der wieder dieselben Strategien verfolgt und die Bestrebungen der Vielen ignoriert werden, sondern eine starke, zugängliche Demokratie, in der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Kurs in unseren Gemeinden, an unseren Arbeitsplätzen, in unseren Ländern und in internationalen Institutionen gemeinsam bestimmen. Wir wollen echte Demokratie.

Nur wenn wir diesen Kampf *für Demokratie* gewinnen, können wir den neuen

Sozialvertrag schließen, den die Welt dringend braucht. Und durch den Einsatz für diesen neuen Sozialvertrag kann die Demokratie aufrechterhalten und wiederhergestellt werden.

DREI KAMPFARENEN: ARBEITSPLATZ, NATIONALE UND INTERNATIONALE EBENE



Die gute Nachricht ist, dass dieser Kampf bereits begonnen hat. Tagtäglich kämpfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz für Demokratie, ob in den Bergwerken Indonesiens und Boliviens, auf den Märkten im Senegal oder in Privathaushalten in Bahrain. Durch die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen schaffen die Gewerkschaften ein starkes, unabhängiges und kollektives Gegengewicht zu den spaltenden Kräften und festigen die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gesellschaft. Überall auf der Welt setzen sich Menschen für das ein, was die Vereinten Nationen als "wesentliche Elemente der Demokratie" definieren, darunter:

- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.
- Vereinigungsfreiheit.
- · Rede- und Meinungsfreiheit.
- Zugang zu Macht und deren Ausübung im Einklang mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.
- Abhaltung regelmäßiger freier und fairer Wahlen mit universellem Wahlrecht und einer geheimen Abstimmung als Ausdruck des Volkswillens.

- Ein pluralistisches System politischer Parteien und Organisationen.
- · Gewaltenteilung.
- Unabhängigkeit der Justiz.

- Transparenz und Rechenschaftspflicht der öffentlichen Verwaltung.
- Freie, unabhängige und pluralistische Medien.

Der langfristige Erfolg dieser Bemühungen hängt ab vom Erfolg der Gewerkschaften in drei Schlüsselbereichen, in denen die Demokratie heute am meisten gefährdet ist. Darum geht es bei unserer Kampagne:

FÜR DEMOKRATIE AM ARBEITSPLATZ DURCH:

- Behauptung unseres Grundrechts auf Vereinigungsfreiheit und auf gewerkschaftliche Organisierung.
- Behauptung unseres Grundrechts auf Streik.
- Forderung nach Tarifverhandlungen und sozialem Dialog.
- Solidarische Aktionen mit allen arbeitenden Menschen, unabhängig von Status, Einstufung oder Branche.
- Forderung nach gleicher Vergütung und Behandlung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung, der sozialen Herkunft, der Fähigkeiten und Behinderungen, des Alters, der sexuellen Orientierung, des Gesundheitszustandes und der familiären Aufgaben.
- Forderung nach gleichen Entscheidungsbefugnissen, wenn es um unsere Gesundheit, Sicherheit, Umwelt und Beschäftigungsaussichten geht, auch im Falle eines industriellen und ökologischen Übergangs.
- Forderung nach der Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt.
- Einhaltung unserer Verpflichtung zur Demokratie und zu einer gleichberechtigten Vertretung innerhalb unserer eigenen Gewerkschaftsstrukturen.

FÜR DEMOKRATIE IN DER GESELLSCHAFT UND AUF NATIONALER EBENE DURCH:

- Behauptung unseres Grundrechts auf Rede-, Versammlungs- und Protestfreiheit.
- Aufforderung an die Staaten, den Schutz und die Sicherheit aller Menschen in gleicher Weise zu gewährleisten.
- Forderung nach gerechten Steuersystemen, bei denen Unternehmen und Wohlhabende ihren gerechten Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten.
- Förderung der Geschlechtergleichstellung.

- Befreiung aus dem Würgegriff, in dem multinationale Unternehmen, Investoren- und Wirtschaftslobbygruppen sowie losgelöste Währungsinstitutionen die nationale Politikgestaltung halten.
- Schutz und Ausweitung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen, die für alle Menschen zugänglich sind.
- Forderung nach einem gerechten Übergang, der unseren Planeten und alle Menschen schützt.
- Widerstand gegen die wachsende Flut rechtsextremer und rassistischer Ideologien, des Nationalismus und des Militarismus.
- Behauptung unseres Grundrechts auf Freizügigkeit und Selbstbestimmung.
- Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zu Sozialschutz und nach dessen Ausweitung sowie nach universeller Gesundheitsversorgung und Bildung für alle, die in unseren Gesellschaften leben.

FÜR DEMOKRATIE AUF INTERNATIONALER EBENE DURCH:

- Forderung nach einer umfassenden Reform internationaler Wirtschaftsstrukturen, um den Weg zu ebnen für demokratischere und inklusivere Entscheidungsprozesse, die dem Gemeinwohl sowie internationalen Menschenrechten und Arbeitsnormen Vorrang vor privaten Profiten einräumen.
- Schutz und Förderung eines demokratischen Multilateralismus, damit unsere Institutionen den Willen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jedem Land widerspiegeln.
- Beschleunigung der Fortschritte bei den nachhaltigen Entwicklungszielen und darüber hinaus.
- Entwicklung und Förderung der Einführung einer gerechten Steuerarchitektur und neuer Finanzinstrumente, die die Kosten des globalen Fortschritts auf diejenigen verlagern, die es sich am meisten leisten können, und nicht auf diejenigen, die heute am meisten leiden.
- Kampf für den Erlass von Schulden, die die Stabilität der Entwicklungsländer bedrohen, und dafür, dass die Finanzsysteme den Entwicklungsbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen, anstatt Regeln aufzustellen, die nur sie selbst begünstigen.
- Förderung des Friedens durch die Agenda für unsere gemeinsame Sicherheit.

Indem wir unsere Kräfte in diesen drei Bereichen im Rahmen einer einheitlichen Kampagne bündeln, stellen wir eine klare Beziehung zwischen allen Organisator*innen und Unterstützer*innen auf jeder Ebene sozialer und gewerkschaftlicher Aktivitäten her. Gemeinsam mit unseren Verbündeten in der Sozial-, Umwelt- und Demokratiebewegung zu Hause und überall auf der Welt werden wir bei unserem Kampf *für Demokratie* nichts unversucht lassen.



ALLE KÖNNEN SICH AN DIESER KAMPAGNE BETEILIGEN:

- Besucht ituc-csi.org/fordemocracy, um internationale und nationale Aktionen, die in diesem Monat durchgeführt werden, zu unterstützen.
- IGB-Mitgliedsorganisationen und verbündete Organisationen: Schickt Informationen über Eure anstehenden Demokratiekampagnenaktionen an goa@ituc-csi.org.
- Setzt Demokratie in die Praxis um, indem Ihr an Eurem Arbeitsplatz eine Gewerkschaft gründet. Findet hier Eure Branchengewerkschaft.
- Unterstützt Gewerkschaftsforderungen in Eurem Land. Findet hier den Gewerkschaftsdachverband Eures Landes.
- Appelliert an Eure Regierung, die Forderungen der Gewerkschaftskampagne für Demokratie zu unterstützen. Findet Eure UN-Vertreter*innen und ILO-Delegierten.





IGB

Internationaler Gewerkschaftsbund

info@ituc-csi.org www.ituc-csi.org

Tel.: +32 (0)2 224 0211

Boulevard du Jardin Botanique 20 B-1000 Brüssel, Belgien



